

## KURZ UND PRÄGNANT

### Gegen Altersarmut

Der inklusionspolitische Sprecher der Linksfraktion unterstützt die Forderung des Sozialverbandes Deutschland nach einem Sofortplan gegen Altersarmut. Maik Nothnagel, der auch Landesvorsitzender des Sozialverbandes Deutschland e.V. (SoVD) Thüringen ist, warnte, dass Konsequenzen wieder auf die lange Bank geschoben werden. Den Ausspruch des seinerzeitigen Arbeitsministers Blüm „Die Rente ist sicher“ muss man heute ergänzen – „aber nicht ausreichend zum Lebensunterhalt!“. Die von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen geplante Zuschussrente sei „untauglich im Kampf gegen Altersarmut“. Auch die SPD-Vorschläge seien nicht mehr als Kosmetik am bestehenden System. „Es gibt keine Äußerungen zur Rücknahme der Senkung des Rentenniveaus, zur Rückkehr zur Lohndynamik oder zur überfälligen Rentenangleichung Ost- an das Westniveau.“ ■

### Kunsthaut Gera

Scharf kritisiert hat MdL Mike Huster, stellvertretender LINKE-Fraktionsvorsitzender im Geraer Stadtrat, die Ausschreibung des Kunsthouses Gera, ehemals Bundesbankgebäude, zum Verkauf. Dafür benötige Oberbürgermeisterin Dr. Hahn unbedingt einen Stadtratsbeschluss, sonst sei ihr Handeln rechtswidrig. Es sei die Rückzahlung der Fördermittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro zu befürchten. Unwürdig sei der Umgang mit den Bürgern und Unternehmen, die für das Kunsthaut gespendet haben, mit dem Stadtrat und mit den Mitgliedern des Kuratoriums und des Fördervereins des Kunsthouses. „Entgegen den Wahlkampfaussagen nach breiter Beteiligung und umfassender Information schafft Frau Dr. Hahn Tatsachen. Begonnene Beteiligungsprozesse, wie bei der angelaufenen Bürgerbefragung, beim Stadtentwicklungskonzept oder beim Bürgerhaushalt, werden so zur Farce.“ ■

### Fracking-Verbot

„Die Studie des Umweltbundesamtes zur Umweltverträglichkeit von Fracking bestärkt unsere kritische Einschätzung. Die enormen Gefahren, die vom Fracking ausgehen, lassen nur einen Schluss zu: diese Erdgas-Abbaumethode muss verboten werden“, so MdL Tilo Kummer. Weite Teile der für Tiefenbohrungen vorgesehenen Flächen in Thüringen gehören zu Schutzgebieten. Nach dem aktuellen Gutachten kämen sie deshalb gar nicht mehr in Frage. „Wer nach diesem Gutachten noch Genehmigungen für Fracking erteilt, handelt absolut unverantwortlich.“ ■

# Gleichstellung gefordert

**Karola Stange: Konsequente Verzahnung von Bündnisarbeit und Parlamentspolitik**

**Nach den erfolgreichen Christopher Street Days (CSD) in Erfurt und Weimar und mitten in einer von der Bundesjustizministerin begonnenen und von den Medien angefachten gesellschaftlichen Debatte über Gleichstellung von homosexuellen Paaren in verschiedenen Lebensbereichen traf sich kürzlich erneut ein breites Bündnis von Engagierten mit dem Ziel der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie Trans- und Intergeschlechtlichen (LSBTI).**

Vertreter verschiedener Organisationen aus dem LSBTI-Umfeld, darunter die AIDS-Hilfe Thüringen, Brenneseln und die Parität sowie der LSVD Thüringen und der Jenaer Queerweg, kamen dazu mit der Gleichstellungspolitikerin Karola Stange in der Linksfraktion zusammen. Ganz oben auf der Tagesordnung standen die Ergebnisse der von der LINKEN initiierten Normenkontrollklage gegen die andauernden Benachteiligungen homosexueller Paare in eingetragener Lebenspartnerschaft, welche dem bereits 1994 in der Thüringer Landesverfassung festgelegten Gleichstellungsgebot diametral zuwiderlaufen.

Durch den drohenden Prozess sah sich die Landesregierung gezwungen zu handeln und brachte einen Gesetzentwurf auf den Weg, der, obwohl unzureichend, das Gericht dazu brachte, die Klage abzulehnen. Dass die LINKE die Verfahrenskosten jedoch ausdrücklich nicht zu tragen habe, ist erfahrungsgemäß ein deutlicher Hinweis darauf, dass im Entscheidungsfall der Klage stattgegeben worden wäre.

Was dies, auch in Kombination mit dem neuesten Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches im Bundesrecht ähnliche Benachteiligungen monierte, für die Zukunft der Gleichstel-

lung bedeutet, ist in letzter Konsequenz noch nicht abzusehen. Fest steht jedoch, dass nur eine entschlossene Oppositionsarbeit von Links auch in Zukunft die Regierung zur Beseitigung derartiger Missstände zwingen wird, woran in Form verschiedener Anträge, die schnellstmöglich in den Landtag eingebracht werden, bereits gearbeitet wird. In welchem Maße eine konsequente Verzahnung von Bündnisarbeit und Parlamentspolitik durch die LINKE möglich ist, zeigten auch die Kleinen Anfragen, die in Zusammenarbeit mit Vertretern der anwesenden Organisationen entstanden sind. Hier

nen können. Trotzdem werden SPD und CDU in absehbarer Zeit klare Aussagen machen müssen auch zum Umgang mit intergeschlechtlichen Menschen in Thüringen. Ein Anfragenpaket hierzu ist bereits beschlossen worden und in Vorbereitung. Die abschließende Auswertung der beiden CSD-Veranstaltungen lenkte das Augenmerk weg von der herrschaftlichen Ignoranz hin zu den positiven Seiten der Arbeit: Die Teilnehmerzahlen stiegen im Vergleich zum Vorjahr an und man hatte das deutliche Gefühl, dass bei den Erfurter und Weimarer Bürgern ein echter, aufklärerischer Mehrwert erzeugt wurde,



ging es zum Beispiel um die Frage der Rehabilitation von in der Zeit nach 1949 verfolgten und verurteilten Homosexuellen, die inzwischen sogar auf Bundesebene geforderte Etablierung einer Antidiskriminierungsstelle speziell für Thüringen (der Andrang in der Bundesstelle aus Thüringen ist letztlich zu groß geworden) und der entwürdigende Umgang mit (und Ausschluss von) Schwulen und Transmenschen bei der Blutspende. Die Antworten der Landesregierung enthielten letztlich keinerlei konkrete Aussagen. Hier werden detaillierte Nachfragen folgen, deren Beantwortung weiterhin schwer fallen wird, da die Koalitionsparteien nicht einmal einen konkreten Ansprechpartner für LSBTI-Belange nen-

an den man hoffentlich im nächsten Jahr anknüpfen kann. Ein weiteres Bündnistreffen ist noch in diesem Jahr geplant und man darf gespannt bleiben, wie seitens der Regierung mit den Anträgen und Anfragen der Linksfraktion umgegangen wird.

Bei Interesse können diese auch auf der Website der Linksfraktion sowie der Abgeordneten Karola Stange eingesehen werden. Sie wird sich zudem dafür einsetzen, dass anlässlich des 100. Geburtstags des letzten „Rosa Winkel“-Häftlings Rudolf Brazda im Jahre 2013 eine Gedenkveranstaltung in der Thüringer Staatskanzlei zu Ehren der im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen stattfindet.

*Tobias Wolfram*

## Untaugliche „nach mir die Salz-Flut-Methode“

Tilo Kummer, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, hat bei einem Pressgespräch im Landtag in Erfurt auf die enormen Konsequenzen und hohen Kosten auch für Thüringen aus dem Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland wegen der Einleitung von Kalilauge in die Werra verwiesen.

Die EU-Kommission hat am 21. Juli das Verfahren gegen die Bundesrepublik aufgrund der Einleitung von Salzabwässern aus der Kaliindustrie in die Flüsse Werra und Weser eröffnet. Bereits seit September 2009 liegt der Kommission eine Beschwerde der Werra- und Weser-Anrainer über die Lauge-Einleitung und -Versenkung vor. Bis zum 21. September müsse nun die Bundesregierung Stellung nehmen. Die Linksfraktion fordert von der Thüringer Landesregierung und insbesondere



von Umweltminister Jürgen Reinholz einen Bericht über entsprechende Konsequenzen. Es müsse nun rasch an Lösungen gearbeitet werden, betonte Tilo Kummer. Er erwarte „klare Aussagen von der Kaliindustrie“. Dazu gehöre auch die – sehr skeptisch zu beurteilende – Genehmigungsfähigkeit einer angekündigten Nordsee-Pipeline für die Salzabwässer. Der Umweltpolitiker der LINKEN erneuerte seine Haltung, dass es vielmehr um eine „ortsnahe

Vermeidung“ der Lauge gehen müsse, um „eine Änderung der Produktionsweise im Werk“. Aber offenbar wolle die Kaliindustrie „auf Dauer eine Ausnahme-genehmigung für die Abwasser-einleitung“ – eine nicht hinnehmbare Haltung, die klar in die Schranken gewiesen werden müsse. Man könne sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass gegenwärtig Verantwortliche nach der Methode „Nach mir die Sintflut“ – oder sollte man besser sagen „die Salz-Flut“ – agieren. Kritikwürdig sei das Vorgehen der hessischen und thüringischen Landesregierungen, denen schon beim Abschluss des Vertrages mit dem Konzern Kali+Salz im Jahr 2009 klar gewesen sei, dass die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie – mit einem klaren Zeitplan zur Erreichung des guten Gewässer-Zustandes – nicht erreicht werden könnten.

*A. Rudolph*